



FRAUENGRUPPE

Nina Tiesch als Vorsitzende gewählt

6. Landesfrauenkonferenz tagt in Eutin

Eutin/tg – Nina Tiesch bleibt die Vorsitzende der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei des Landesbezirks Schleswig-Holstein. Bei der 6. Landesfrauenkonferenz in Eutin wurde die 31-jährige Kriminaloberkommissarin als Nachfolgerin von Imke Kalus in ihrem Amt bestätigt. Seit Mai 2016 hatte Tiesch die Funktion kommissarisch inne, nachdem die bis dahin als Vorsitzende fungierende Kalus aus dienstlichen Gründen ihr Amt zur Verfügung gestellt hatte. Einstimmig wählten die 38 Delegierten aus ganz Schleswig-Holstein die Beamtin des Landeskriminalamtes, die seit gut elf Jahren GdP-Mitglied ist. Nina Tiesch freute sich sichtlich über ihre Wahl. Sie habe sich vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Fahnen geschrieben, berichtete sie in einem Presseinterview. „Vor allem sollen die Frauen in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) präsenter und lauter werden“, sagte die 31-jährige LKA-Beamtin. Sie steht mit ihrer Wahl rund 1500 Frauen in der GdP vor. Das bisherige vielfache Agieren hinter verschlossenen Türen werde beendet, sagte Tiesch selbstbewusst. Ferner würden die Bemühungen forciert, Frauen in Teilzeit mehr Raum zu geben. „Die werden häufig noch schief angesehen“, erklärte Tiesch der Presse. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei insbesondere vor dem Hintergrund des Schichtdienstes in der Polizei ein besonderes Thema, unterstrich die Vorsitzende der Frauengruppe.

Einstimmig wurden auch die weiteren Vorstandsposten besetzt. Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wurden Kirsten Pautzke (47) und Yvonne Lühje (36) gewählt. Kassiererin wurde Rebecka Köhnke, Schriftführerin Angelika Schümann und Beisitzerin Tarif Norina Gloy-Leinweber. Die Konferenz wählte auch die Delegierten der Frauengruppe für den 31. Landesdelegiertentag. Das sind Norina



Der neu gewählte Vorstand der Frauengruppe (v. l.): Norina Gloy-Leinweber, Kirsten Pautzke, Nina Tiesch, Yvonne Lühje, Rebecka Köhnke und Angelika Schümann.

Gloy-Leinweber, Yvonne Lühje, Kirsten Pautzke, Jaqueline Ursic und Swantje Stieh. Ersatzdelegierte sind Rebecka Köhnke, Maren Nielsen, Kathrin Bertelsen, Silke Cieplik, Ursula Janssen.

en- und Gleichstellungspolitik im DGB Nord) sowie den Geschäftsführenden Landesvorsitzenden Torsten Jäger und die neue Geschäftsführerin der schleswig-holsteinischen GdP, Dr. Susanne Rieckhof.



Innenminister Stefan Studt

Zur Bundesfrauenkonferenz werden aus Schleswig-Holstein Nina Tiesch, Tania Radant, Imke Kalus und Norina Gloy-Leinweber entsandt. Als Vertreterin der Frauengruppe wird Kirsten Pautzke an der DGB-Bezirkskonferenz Nord teilnehmen.

Als besondere Gäste begrüßte Nina Tiesch die Vertreterin der Bundesfrauengruppe Wilma Wäntig, Staatssekretärin Anette Langner (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung), Innenminister Stefan Studt und Lisanne Stracka (Abteilungsleiterin für Frau-



Staatssekretärin Anette Langner

„Gleich geeignet – gleich gestellt!?! ZEIT FÜR GLEICHSTELLUNG“ lautet das Motto der Konferenz mit rund 50 Teilnehmerinnen aus dem Bereich von Polizei und Justiz.

Am Motto orientieren sich auch die Gäste in ihren Grußworten.

Es sei viel erreicht worden, nicht zuletzt bei der einstigen „Männerdomäne Polizei“, sagte Anette Langner. „Aber es gibt auch noch viel zu tun. Und vieles geht viel zu langsam“, so die Staatssekretärin. Auch wenn

Fortsetzung auf Seite 2



FRAUENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 1

Schleswig-Holstein in der Gleichstellung auf einem guten Weg sei, so würden Impulse für eine starke Frauenbewegung benötigt, denn es bestehe ein „riesiger Nachholbedarf bei der Gleichstellung“ – insbesondere auf politischer Ebene, unterstrich die Staatssekretärin.

Und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei jedoch kein polizeitypisches Anliegen, sondern werde mit anderen Berufsgruppen geteilt, sagte Langner.

Besorgt zeigte sich indes Lisanne Stracka, Abteilungsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik im DGB Nord: „Gleichstellung ist nicht mehr selbstverständlich.“ Parteien wie die AfD würden das Thema Gleichstellung in die 50er-Jahre zu-

rückdrehen. Diese Tendenz ist sehr gefährlich“, warnte Stracka.

Aktuelle Zahlen zum Dienst von Frauen in der Landespolizei lieferte Innenminister Studt.

Studt rief in Erinnerung, dass 1986 die ersten Frauen ihren Dienst in der Landespolizei aufgenommen hätten. Derzeit befänden sich rund 2400 Polizistinnen im Landesdienst, die Frauenquote liege bei den insgesamt etwa 8000 Beamten somit bei 27,63 Prozent. Damit sei inzwischen mehr als jeder vierte Polizist in Schleswig-Holstein ist eine Frau.

Doch Frauen seien bei der Polizei weiter auf dem Vormarsch. „Die Landespolizei wird nach und nach weiblicher“, so der Innenminister deutlich. Dies machte Studt auch an Zahlen fest. So habe es im vergangenen Jahr bei den Einstellungen einen Höchststand seit 2008 gegeben: 37 Prozent der eingestellten Nachwuchskräfte,

also 168, seien junge Frauen. Damit sei 2016 der Jahrgang mit der höchsten Einstellungsquote von Frauen. Studt erinnerte daran, dass es vor zehn Jahren noch gerade 32 Frauen gewesen seien, die eingestellt worden seien.

Es stelle sich jedoch die Gretchen-Frage: „Wie halten wir es als Landespolizei, als Organisation, mit der Gleichstellung?“, so Studt. Die klassische Rollenverteilung halte sich gerade in der Polizei beharrlich. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen sei noch ausgesprochen überschaubar. Da ist noch eine ganze Menge Luft nach oben“, sagte der Minister. Studt gab jedoch zu bedenken, dass für eine Führungsposition durchaus eine gewisse Berufserfahrung und eine Menge an Qualifikationen nötig seien. Und beides brauche bekanntlich Zeit.

Thomas Gründemann

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2015:
Montag, 3. April 2017



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

„IMMOBILIENFINANZIERUNG“

**Erfolgreiche
Informationsveranstaltung**

Westerrönfeld – Am 21. Februar organisierte die JUNGE GRUPPE der GdP gemeinsam mit der PSD Bank Kiel ein halbtägiges und kostenfreies Seminar zum Thema „Wie finanziere ich meine Immobilie“. 27 überwiegend jüngere Teilnehmer folgten der Einladung ins Seminarhotel in Bad Bramstedt. Nach einer kurzen Einführung durch Holger Brammer (PSD Bank) zum Thema Immobilienfinanzierung übernahm seine Kollegin Kerstin Joachim und führte zielgerecht und anschaulich durch den

Nachmittag. Hierbei wurden beispielhaft die Themenkomplexe Zinsberechnung, staatliche Förderungen, Laufzeiten und Sicherheiten der Bank angeschnitten und behandelt. Abschließend konnten alle Teilnehmer noch eigene Fragen stellen, die durch Holger Brammer und Kerstin Joachim plausibel beantwortet und erläutert wurden. Aufgrund der guten Resonanz und Kooperation mit der PSD Bank Kiel kann mit einer Wiederholung dieser Veranstaltung gerechnet werden.

Tim Porth



Die Teilnehmer verfolgten die Erläuterungen der Referenten.



PD AFB UND EINSATZHUNDERTSCHAFT**„Berufsauffassung ist herausragend“**

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow besuchte PD AFB und tauschte sich mit Beamten der Einsatzhundertschaft aus

Eutin – „Zurück zu den dienstlichen Wurzeln“ hieß es für Oliver Malchow, den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei. Der 53-Jährige stattete der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei (PD AFB) in Eutin einen Besuch ab. Dort war Malchow viele Jahre in unterschiedlichen dienstlichen Funktionen tätig, bevor er den Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst unternahm. Auf seinen Wunsch und auf Einladung der hiesigen GdP-Regionalgruppe tauschte sich Oliver Malchow in Begleitung von Axel Dunst und Thomas Mertin rund zwei Stunden mit Polizisten der 1. Einsatzhundertschaft und Führungskräften der PD AFB aus. Im Mittelpunkt standen Themen wie Personal und Belastung, Ausrüstung sowie Bewaffnung, aber auch die finanzielle Ausstattung der Bereitschaftspolizei sowie die mit der terroristischen Bedrohung einhergehenden neuen Herausforderungen für die Landespolizei. Nach dem Gespräch stand Oliver Malchow gemeinsam mit Michael Wilksen, dem Chef der PD AFB, sowie Frank Knoop, Leiter der 1. Einsatzhundertschaft mit 216 Polizisten, und Juliane Bohrer, der Stellvertretenden Leiterin der Fachinspektion Aus- und Fortbildung, der Presse Rede und Antwort.

Die PD AFB als Ausbildungsstätte und insbesondere auch die 1. Einsatzhundertschaft hätten bundesweit ein hohes Ansehen, wusste der Bundesvorsitzende zu berichten. So werde die Hundertschaft verstärkt auch über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus für Polizeieinsätze in anderen Bundesländern angefordert.

Angetan zeigte sich Malchow vom offenen Austausch mit den mehr als 40 Einsatzkräften. „Die Einstellung der Beamtinnen und Beamten in der Einsatzhundertschaft ist herausragend“, so Oliver Malchow. Die Masse habe sich freiwillig für diese Einheit entschieden, entsprechend hoch sei die Motivation. Das Einsatzspektrum der Einsatzhundertschaft sei breit und anspruchsvoll. Um die Landespolizei und damit auch die Bereitschaftspolizei auf einen möglichen Einsatz bei einer terroristischen Bedrohungs-

und Anschlagsslage vorzubereiten, seien entsprechende Konzepte sowohl im Aus- als auch Fortbildungsbe- reich vonnöten. Ohnehin sei der öffentliche Erwartungsdruck an die Polizei riesengroß. „Wir werden bei der Bewältigung von polizeilichen Einsatzlagen immer am Erfolg gemessen“, so Malchow. Entsprechend sei des-



Michael Wilksen begrüßte den GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.



agiert worden und eine Ausgabe an die Einsatzkräfte nach Angaben von Michael Wilksen bis Mitte des Jahres geplant. „Schließlich sind es die Kolleginnen und Kollegen im Streifen- und Einsatzdienst, die im Falle eines terroristischen Anschlags als erstes gefordert sind. Deshalb ist zum ihrem Schutz alles Mögliche zu unternehmen“, so Malchow. Dazu gehöre auch die Entscheidung, für die Landespoli-



Fotos (4) Thomas Gründemann

halb auch stets der Personalansatz. Für eine bessere Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder sei der Bundesetat von 14 auf 20 Millionen Euro angehoben worden, es gebe jedoch einen Investitionsstau von 100 Millionen Euro.

Auch seien die Bereitschaftspolizeien nicht ausreichend im Fokus. Hier stünden insbesondere die Innenminister der Länder in der Verantwortung. So sei mit der anstehenden verbesserten Ausstattung und Ausrüstung der Landespolizei mit schweren Schutzwesten, Splitterbrillen und Helmen auf die Zeichen der Zeit re-

zei 522 Distanzwaffen G 36 C zu beschaffen. Aber mit verbesserter Ausstattung und Ausrüstung alleine sei es nicht getan. Notwendig sei es insbesondere auch, die infrage kommenden Polizisten mit einem entsprechenden Training auf lebensgefährliche Terror- oder Amokeinsatzlagen vorzubereiten, da im Einzelfall nicht auf Spezialkräfte gewartet werden könne. In der PD AFB bemüht sich derzeit Juliane Bohrer um entsprechende Konzepte. Ab April sei der Beginn der entsprechenden Beschü-

Fortsetzung auf Seite 4



PD AFB UND EINSATZHUNDERTSCHAFT

Fortsetzung von Seite 3

lung der Einsatztrainer geplant. Und auch die Ausbildung des Polizeinachwuchses werde angepasst. Trotz der veränderten Sicherheitsbedingungen bemühe man sich weiter, den Menschen als Bürgerpolizei zu begegnen, sagte Oliver Malchow.

Der Personalmangel bei der Polizei sei aber auch frappierend. „In Deutschland stünden bei der Polizei derzeit 20 Millionen Überstunden zu Buche“, erklärte Oliver Malchow. Nur um diese Zahl auszugleichen, würden zusätzlich 13 500 Polizisten benötigt. „Um der Aufgabenvielfalt und weiteren Anforderungen wie der Bekämpfung der Internetkriminalität gerecht werden zu können, werden bundesweit weitere 20 000 Beschäftigte gebraucht“, so der GdP-Chef.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung sei zwar von dem an und für sich geplanten Stellenabbau abgerückt und habe für das vergan-

gene und dieses Jahr die Einstellung von je 400 Polizisten entschieden. „Das hilft aber aktuell nicht und wird erst in einigen Jahren zum Tragen kommen. Die Aufgabenlast wird bis dahin vom derzeitigen Personal der Landespolizei zu schultern sein.“, erklärte Malchow. Die Vielfalt der Aufgaben und Anforderungen, beispielsweise die Rolle der Polizei im Zusammenhang in der Flüchtlingsfrage oder durch die Terrorgefahr, beinhalte aber die Gefahr, dass die Belastungsgrenze für die Polizeibesetzten bald erreicht oder gar überschritten sei.

Die Bundeswehr im Innern einzusetzen, sei jedenfalls keine Alternative, eher Aktionismus. „Innere Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates und von denen sicherzustellen, die dafür ausgebildet sind. Wir brauchen eine



Sie standen der Presse Rede und Antwort: Oliver Malchow, Michael Wilksen (r.) sowie Juliane Bohrer und Frank Knoop.

möglichst leistungsfähige Polizei“, so Malchow.

Anerkennung zollte Oliver Malchow den Beschäftigten der Landespolizei, vom Vollzugs- oder Verwaltungsbeamten bis zum Angestellten. „Nur dank ihrer bewundernswerten Berufsauffassung funktioniert die Landespolizei trotz einer viel zu dünnen Personaldecke“, so der GdP-Bundesvorsitzende.

Text/Fotos: Thomas Gründemann

INNENMINISTER

„Bin immer wieder beeindruckt“

Der Innenminister auf Nachtstreife

Kiel – Seit seinem Amtsantritt ist Innenminister Stefan Studt häufiger Begleiter von Polizistinnen und Polizisten im Nachtdienst. Neunmal nutzte Studt bislang die Gelegenheit, mit den Beamtinnen und Beamten im Funkstreifendienst ins persönliche Gespräch zu kommen. Anfang März war es die A-Schicht des 3. Polizeirevierts, die sich im Nachtdienst in ministerieller Beglei-

tung befand. Damit realisierte Stefan Studt auch ein Versprechen, das er im Rahmen einer Podiumsdiskussion der GdP-Regionalgruppe Kiel-Plön dem Dienstgruppenleiter Michael Mauer gegeben hatte. Dieser hatte den Innenminister zu einem Nachtdienst aufs 3. Revier eingeladen. Und der Minister ließ sich nicht zweimal bitten. Er nutze immer wieder gerne die Gelegenheit, um mit

den Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst ins Gespräch zu kommen, sei es in normalen Begegnungen wie zuletzt bei Güterverkehrs-, Anhalte- und Sichtkontrollen, aber auch bei Präventionsstreifen oder in den bislang neun Nachtdiensten quer durchs Land, unterstrich Stefan Studt. „Es beeindruckt mich, dass ich immer sehr offene, ehrliche und konstruktiv-kritische Rückmeldungen für meine Arbeit erhalte. Ich habe über eine Vielzahl von Gesprächen und durch die regelmäßige Begleitung des nächtlichen Einsatzgeschehens vor Ort gute Einblicke in die Arbeit „auf der Straße“ bekommen. All dies fließt dann regelmäßig wiederum in die persönliche und ministerielle Meinungsbildung ein“, war der Innenminister angetan und dankte auch den Revierbeamten der A-Schicht für kurzweilige, unterhaltende und informative Stunden.

Im April ist in Pinneberg der 10. Besuch eines Nachtdienstes geplant.

Thomas Gründemann



Innenminister Stefan Schicht zusammen mit der A-Schicht vom 3. Polizeirevier Kiel.



GdP-Wahlprüfsteine an die Parteien

Kiel/tgr – Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Am 7. Mai wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Den Wahlkampf und die Tatsache, dass Wahlprogramme der Parteien zu umfassend sind und dennoch oft keine konkrete Aussagen beinhalten, hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum Anlass genommen, den aktuell im Landtag vertretenen Parteien ein wenig mehr auf den Zahn zu fühlen. Mit so genannten Wahlprüfsteinen, einem vielfältigen Fragenkatalog, wurden sowohl die Regierungs- als auch Oppositionsparteien zu ihren Positionen, Konzepten und Zielvorstellungen zu verschiedenen Aspekten und Entwicklungen zur Inneren Sicherheit und zur Landespolizei konfrontiert. Die folgenden GdP-Fragen wurden an CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, SSW und Piraten:

1. Wie viel Polizei braucht Schleswig-Holstein?

1.1. Welche Vorstellungen haben Sie zur Entwicklung der Personalstärke in der Landespolizei a) bis 2022? b) und darüber hinaus?

1.2. Wie werden Sie Ihre Vorstellungen konkret umsetzen?

2.) Welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?

2. Welche Polizei braucht Schleswig-Holstein?

Wie stellen Sie sich vor diesem Hintergrund eine

a) moderne, b) motivierte, c) gut aus- und fortgebildete und d) gut aus-



gerüstete Polizei für alle Bürgerinnen und Bürger vor?

3. Taktische und organisatorische Struktur bzw. Schwerpunktsetzungen in der Landespolizei

3.1. Wie und wo wollen Sie das Personal zukünftig einsetzen?

a) Vollzug b) Verwaltung c) Tarif

3.2. Wie wollen Sie insbesondere die maritime Sicherheit künftig sicherstellen?

4. Verbesserung der Beförderungssituation, anforderungsgerechte Bezahlung und Verbesserung im Erschwerniszulagensystem

4.1. Welche Maßnahmen zur Verbesserung

a) der Beförderungssituation b) der anforderungsgerechten Bezahlung c) im Erschwerniszulagensystem

d) der Durchlässigkeit vom mittleren in den gehobenen Dienst im Polizei- und Justizvollzug wollen Sie ergreifen?

4.2. Wann beabsichtigen Sie die Wiedereinführung der echten Sonderzahlung/Weihnachtsgeld für Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger in Schleswig-Holstein?

5. Gute und gesunde Arbeitsbedingungen und Entlastung in belastenden Dienstformen

5.1. Wann beginnen Sie mit gesundheitsförderlichen Entlastungen durch Wochenarbeitszeitreduzierungen und Verkürzungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit in belastenden Dienstformen?

5.2. Wie sieht Ihre Zielbeschreibung aus?

5.3. Welche weiteren Entlastungsmöglichkeiten sehen Sie?

6. Sicherung der Versorgung

6.1. Sprechen Sie sich auch für die Sicherung des Versorgungsniveaus aus?

6.2. Werden Sie sich ebenfalls für eine solche Forderung der GdP einsetzen bzw. sie unterstützen?

6.3. Beabsichtigen Sie die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulagen für Beamtinnen und Beamte im Justizvollzugsdienst („Gitterzulage“)?

7. Justizvollzug

Wären Sie bereit, zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach dem LStVollzG SH eine externe Analyse des tatsächlichen Personalbedarfs in den einzelnen Justizvollzugsanstalten des Landes zu veranlassen?

Die Antworten sind inzwischen eingegangen. Eine Veröffentlichung im DP-Landesjournal ist aufgrund des Umfangs nicht möglich. Fragen und Antworten sind ab sofort auf www.gdp.de/Schleswig-Holstein nachzulesen.

Thomas Gründemann

HILFS- UND UNTERSTÜTZUNGSFONDS FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

An Gründungsanlass gedacht

Kiel – Zum 15. Mal hatte der Vorstand des Hilfs- und Unterstützungsfonds der Polizei zum Sponsorenesen eingeladen. Ehrengast war Volker Thormälen, Direktor des NDR-Landesfunkhauses, Kiel (Foto rechts).

Rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Polizei und Justiz kamen zusammen. Klaus Schlie, Vorsitzender des Fonds erinnerte in seiner Begrüßung an den Anlass: Die Ermordung des Polizeiober-



meisters Stefan Grage, die sich am Folgetag zum 20. Mal jähren würde.

Klaus Schlie konnte an besonderen Gästen für die Gründungsmitglieder

Klaus Buß, Oliver Malchow und Udo Roestel begrüßen, ebenso den Ehrenvorsitzenden Wolfgang Pistol. Frau Staatssekretärin Söller-Winkler gehörte ebenfalls zu den namentlich Begrüßten.

Schlie ging in seiner Ansprache auf die hohen Anzahlen der Gewaltdelikte ein: 1.268 Taten gegen 2.443 Polizeibeamte. Das bedeutet, täglich sind sieben Polizeibeschäftigte in Schles-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite

wig-Holstein von Gewalt betroffen. Schlie sagte, dass neben Strafverschärfung als Signal eine andere Antwort aber auch in der Gesellschaft selbst zu suchen sei: Medien Politik und Justiz tragen auch Verantwortung: „Wer als hochrangiger Richter spitzfindige Kolumnen schreibt; wer als Professor einer FH die Jammereultur der Polizei beklagt; wer als Politiker der Polizei unrechtmäßige Datensammelwut unterstellt oder als öffentlich - rechtlicher Fernsehsender entlastende Filmsequenzen über einen umstrittenen Polizeieinsatz auslässt, muss sich stets auch der WIRKUNGEN seines Redens und Handelns bewusst sein. Was wir brauchen ist eine verantwortungsethische Grundhaltung in allen gesellschaftspolitischen Diskussionen und Beiträgen; denn diese Grundhaltung ist es, die m.E. eine Trendwende zum Besseren einleiten kann.“

Abschließend würdigte der Vorsitzende die Arbeit des Hilfs- und Unterstützungsfonds: In über 100 Fällen konnte der HUPF mit rund 175.000 Euro im Dienst verletzten oder gar getöteten Polizeibeamten zur Seite stehen.

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung!

Lübeck-Ostholstein

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 13. April 2017, 09.00 Uhr, im „Gemeinschaftshaus Rangenberg“, Im Brunskrook 61 in 23569 Lübeck. Von 12.30 Uhr bis 13.15 Uhr gemeinsamer Mittagstisch (Essen nur mit Anmeldung möglich). Um Anmeldung der Teilnahme wird gebeten, um die Vorplanungen zu erleichtern. Telefon 04 51-1 31 20 70 oder E-Mail:

joern.loewenstrom@polizei.landsh.de

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Hohe Jubilare in Nordfriesland

Anlässlich einer Seniorenfeier der GdP-Regionalgruppe Nordfriesland ehrte der Vorsitzende Stefan Lukas mehrere Pensionäre für ihre langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei.

Auf 50 Jahre GdP können folgende Kollegen zurückblicken: Rolf Meisenbacher, Jochen Christensen, Winfried Michalski, Gerd Seier und Günter Pahlke, der das Präsent und die Urkunde auf seiner Heimatinsel Sylt entgegennahm.

Der immer noch sehr aktive und rüstige „Charly“ Schellin wurde für 60 Jahre Treue und Solidarität zur Gewerkschaft ausgezeichnet. „Charly“ ist begeisterter Fahrradfahrer und nimmt immer noch ausnahmslos an allen Veranstaltungen seiner GdP teil.

Für die Jubilare fand der Vorsitzende in einer persönlichen Laudatio die entsprechenden Worte.

Zu den Gratulanten zählten auch der Landesseniorenvorsitzende Frank Poster und die nordfriesische Beisitzerin der Senioren, Rita Brandt, die in diesem Jahr Horst Wendorff ablöste.

GLÜCKWÜNSCHE

Ehrung



Seit 60 Jahren gehört Hermann Pries als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei an. „Egon“ Bahr, Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte, ehrte Pries für seine GdP-Treue.



V. l.: Stefan Lukas, Frank Poster, Jochen Christensen, „Charly“ Schellin, Rolf Meisenbacher, Winfried Michalski, Gerd Seier und Rita Brandt





8-tägige Sondergruppenreise vom 3. bis 10. September 2017

PSW-Sondergruppenreise

Estland, Lettland und Litauen – das Trio an der Ostsee hat schon lange das Grau der Vergangenheit abgeschüttelt. Wer das mittelalterliche Tallinn, die Jugendstilmetropole Riga und die litauische Hauptstadt Vilnius besucht, wird aus dem Staunen kaum heraus kommen. Wandeln Sie auf den Spuren der Hanse und durch das Land des Bernsteins.

Preis pro Person ab
Einzelnzimmerzuschlag

1.179 Euro
255 Euro

Ihre Hotels

Tallinn	Radisson Blu Olümpia	Kaunas	Park Inn Kaunas
Riga	Radisson Blu Latvija	Vilnius	Radisson Blu
Nida	Nidos Banga		Lietuva

Alle Hotels 4*-Landeskategorie, Nidos Banga 3*-Landeskategorie. Radisson Blu Hotels: Eine Hotelmarke der gehobenen Klasse – stilvoll und modern eingerichtet. Sie sind bei Urlaubern, aber auch bei Geschäftsreisenden gleichermaßen beliebt.

Reiseverlauf

- 1. Tag:** Flug ins Baltikum via Frankfurt nach Tallinn (A)
- 2. Tag:** Mittelalterliches Tallinn (F, A)
- 3. Tag:** Tallinn – Riga (F, A)
- 4. Tag:** Riga: Lettisches Avantgard (F, M)
- 5. Tag:** Riga – Nida (F, A)
- 6. Tag:** Nida – Kaunas (F, A)
- 7. Tag:** Kaunas – Vilnius (F, A)
- 8. Tag:** Heimreise von Vilnius via Frankfurt nach Hamburg (F)

F = Frühstück, M = Mittagessen, A = Abendessen

Flüge

3. September, LH 013, Hamburg – Frankfurt	10:00 bis 11:10 Uhr
3. September, LH 882, Frankfurt – Tallinn	13:45 bis 17:00 Uhr
10. September, LH 887, Vilnius – Frankfurt	14:20 bis 15:30 Uhr
10. September, LH 024, Frankfurt – Hamburg	17:00 bis 18:05 Uhr

Leistungen die überzeugen:

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab Hamburg via Frankfurt mit Lufthansa in der Economy-Class bis Tallinn / ab Vilnius
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherungsgebühren (Stand: Februar 2017)
- Transfers / Rundreise / Ausflüge in landestypischen Reisebussen internationalen Standards mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen (Bad und Dusche / WC)
- 7 x Frühstück, 1 x Mittagessen, 6 x Abendessen im Hotel
- Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- Stadtrundgänge in Tallinn, Riga und Vilnius
- Strandspaziergang im Ostseebad Pärnu
- Halt am bewegenden Berg der Kreuze
- Altstadttrundgang in Klaipeda mit dem bekannten „Ännchen von Tharau“
- Übernachtung und Programm auf der Kurischen Nehrung mit Wanderung auf einer der höchsten Dünen Europas
- Malerisch gelegene Wasserburg von Trakai
- Alle Eintrittsgelder und ökologische Gebühren auf der Kurischen Nehrung
- Quietvox Audiosystem inklusive
- Deutsch sprechende Gebeco Reiseleitung (wechselnd je Land)
- Umfangreiche Gebeco Reiseinformationen
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW Reisebegleitung

Anmeldeschluss 30. Juni 2017



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweis:

Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel.

Mindestteilnehmerzahl 29 Personen. Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.

ANMERKUNGEN VON SUSANNE RIECKHOF

Und was sonst noch so war ...

8. Februar

Großer Bahnhof vor dem DGB-Gewerkschaftshaus in Kiel und zeitgleich in Lübeck am Lindenteller. Wir hatten für die aktuelle Tarifrunde aufgerufen, unseren tariflichen Forderungen auf Demonstrationen Nachdruck zu verleihen. Unsere grünen Riesenluftballons (Durchmesser 120 cm) waren weithin sichtbar, auch in der Nachberichterstattung in der Presse. Torsten Jäger hielt eine beeindruckend energische Rede. Danke allen, die sich bei sehr unfreundlichen winterlichen Bedingungen aufgemacht haben, Solidarität mit den Tarifbeschäftigten zu zeigen! Das wurde am Ende mit einer Erbsensuppe, für Andreas Kropius mit einem Geburtstagsständchen und ca. eine Woche später mit einem immerhin akzeptablen Tarifergebnis belohnt.

Die Arbeitsgruppe GdP-SH-Tag (10. September 2017 im Erlebniswald Trappenkamp) trifft sich erneut. Sie



23. Februar

Letzte Landesvorstandssitzung für den Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr in Westerrönfeld. Die Kollegen haben ihn toll empfangen und mit persönlichen Einlagen überrascht (Foto).



24. Februar

Im Kieler Hotel „Maritim“ verabschieden 110 Gäste den langjährigen Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr. Innenminister Stefan Studt, Landtagspräsident Klaus Schlie, der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sowie der Landesvorsitzende Torsten Jäger würdigten Kalle als das Gesicht der GdP SH über viele Jahre hinweg. Mir ist durchaus bewusst, in wessen Fußstapfen ich da trete ...

Die Regionalgruppe AFB übergibt einen Scheck in Höhe von 1200 Euro für den HUPF e.V.



Freuen sich auf mehr gemeinsame Zeit: Elke und Karl-Hermann Rehr



GdP-Protest während der Tarifverhandlungen.

Fotos (4): Gründemann

10. Februar

Der langjährige Regionalgruppenvorsitzende Kiel-Plön Karl-Hermann (Kalle) Bruhn nimmt seinen Hut und versammelt seine Weggefährten auf der Geschäftsstelle. Sein Nachfolger Sven Neumann lobt ihn als verständigen, stets freundlichen, zuverlässigen, ehrlichen Partner. Kalle wird uns als künftiger Geschäftsführer der Regionalgruppe Kiel-Plön als Dauergast auf der Geschäftsstelle erhalten bleiben.

15. Februar

Eine Delegation unseres Partners Signal Iduna stellt die neuen vertraglichen Rahmenbedingungen für die künftige Zusammenarbeit vor.

bereitet die Vorstellung des Projekts auf den Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstandes und des Landesvorstandes vor.

22. Februar

Torsten Jäger verhandelt mit einer DGB-Delegation und den Gewerkschaften GEW und ver.di mit Finanzministerin Monika Heinold über die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen. Im Ergebnis wurde einvernehmlich die zeitgleiche und lineare Übertragung des Tarifergebnisses vereinbart.

27. Februar

Die AG Satzung trifft sich einmal mehr und schafft es, einmal komplett „durch“ zu sein. Nun bedarf es noch weiterer Anpassungen an Richtlinien und entsprechender Verweise. Ein bis zwei Sitzungen werden dafür noch erforderlich werden.

1. März

Unsere Jura-Praktikantin Katharina Druza nimmt ihre Arbeit auf. Sie wird uns den gesamten März über auf der Geschäftsstelle unterstützen und hoffentlich viel Praktisches und Nützliches für ihr Studium lernen.

